

# Kandidaten ohne klares Profil

An einer Podiumsdiskussion machte sich die städtische CVP ein Bild von den drei Stadtratskandidaten. Dass keiner von ihnen am Ende die Zweidrittelmehrheit für eine Wahlempfehlung erreichte, lag wohl auch an den zu ähnlichen Antworten.

DAVID GADZE

Knapp einen Monat vor der Ersatzwahl in den Stadtrat fühlte die städtische CVP am Donnerstagabend in der Aula der Kantonschule am Burggraben den drei Kandidaten auf den Zahn. Unter der Leitung von Parteipräsident Michael Hugentobler beantworteten Barbara Frei (FDP), Peter Jans (SP) und This Bürge (parteilos) verschiedene Fragen, die fünf von der Parteileitung ausgewählte Personen stellten. Und wie beim ersten Rededuell zwischen Frei und Jans vor knapp zwei Monaten war auch diesmal die Ähnlichkeit der Antworten dieser beiden Kandidaten verblüffend.

## Sterbehilfe in Heimen erlauben

Die Diskussion eröffnete der pensionierte Pfarrer Alfons Son-

## Pflegeheime sollten den Umgang mit der Sterbehilfe selber bestimmen dürfen.

**Barbara Frei**  
Stadtratskandidatin FDP

deregger mit der Frage, ob in Pflegeheimen Sterbehilfe erlaubt sein sollte. Die drei Kandidaten waren sich einig, dass die Entscheidung den Heimen überlassen werden sollte und diese den Heimbewohnern kommuniziert werden müsse.

Während in der Folge Frei und Jans mit Sachkenntnis überzeugten, zeigte sich bei einigen Themen, dass es Bürge an Hintergrundwissen fehlt. So behauptete er fälschlicherweise, wenn eine Klage gegen den Bau des ge-

planten Parkhauses am Schibenerntor – aus welchen Gründen auch immer – bis vor Bundesgericht weitergezogen würde, verzögere sich auch die Neugestaltung des Marktplatzes und die damit verbundene Aufhebung der Parkplätze.

## Bürge gelegentlich unsicher

Auch in anderen Punkten wirkte der Parteilose nicht ganz sattelfest und schoss mit seinen Antworten am Thema vorbei. So etwa bei der Frage, wie die Kandidaten zu Sparmassnahmen im Schulwesen stehen. Bürge bezeichnete diese als «falsch», verlor sich anschliessend aber in einer Auflistung von Zahlen zur Finanzierung der «Flade». Auch

die Antwort des 56-Jährigen auf die Frage, ob bezüglich der tiefen Maturitätsquote im Kanton St. Gallen Handlungsbedarf bestehe, blieb diffus.

Peter Jans bezeichnete die Sparmassnahmen als «proble-

matisch», da Bildung Kapital sei. Wenn gespart werden müsse, dürften jedoch einzelne Bereiche nicht davon ausgenommen werden. Barbara Frei sprach von einem «sehr sensiblen» Bereich. Das Sparbeispiel, dass in einzel-

nen Fächern am Gymnasium mehrere Klassen gleichzeitig unterrichtet werden, bezeichnete die Ärztin aber als Chance für die Schüler, an den universitären Betrieb herangeführt zu werden und mehr Eigenverantwortung zu übernehmen.

Einig waren sich Frei und Jans, dass die Maturitätsquote nicht künstlich angehoben werden sollte. Das System mit dualem Bildungsweg sei erfolgreich, sagte Frei. Jans meinte, die Wirtschaft brauche nicht nur Maturanden, sondern auch gut ausgebildete Lehrabgänger.

## Uni soll auf Campus wachsen

Um Bildung ging es auch in den Fragen von HSG-Dozent

Kuno Schedler. Er wollte von den Kandidaten wissen, wie sie das Verhältnis zwischen der Stadt und der Uni einschätzen und wie sie sich zu den Wachstumsplänen der HSG stellen. This Bürge meinte, er fände die HSG «super». St. Gallen profitiere von der Uni und sei dank den Studenten eine junge und «lustige» Stadt.

Peter Jans betonte die positiven Auswirkungen für die Wirtschaft. Als wichtigen Berührungspunkt zwischen Stadt und Uni nannte der Kreisgerichtspräsident das Belegen des Wohnraums auf dem Rosenberg durch die Institute der HSG. Diese müsse künftig möglichst auf dem Campus wachsen können.

Diesen Punkt griff auch Barbara Frei auf. Die Stadt müsse sich mit dem Kanton «raumplanerische Gedanken machen», wo zusätzlicher Raum für die Uni



Bild: Ralph Ribi

Peter Jans (SP), Barbara Frei (FDP) und der parteilose This Bürge (von links) an der Versammlung der CVP.

## Die Wirtschaft braucht nicht nur Maturanden, sondern auch Lehrabgänger.

**Peter Jans**  
Stadtratskandidat SP

und die FHS geschaffen werden könne, ohne dass dafür Wohnraum geopfert werde.

## CVP beschliesst Stimmfreigabe

An der anschliessenden Parteiversammlung konnte keiner der drei Kandidaten die von der Parteileitung geforderten zwei Drittel der Stimmen für eine Wahlempfehlung auf sich vereinen. Die CVP beschloss deshalb Stimmfreigabe. Das genaue Ergebnis der Abstimmung bleibt vorerst geheim.

**30. November**  
**ABSTIMMUNG**  
**Ersatzwahl Stadtrat**

